

Gilberto Calcagnotto

Die Regierung Lula zwischen neoliberalem Erbe und sozialem Auftrag

Brasiliens Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2002 brachten im zweiten Wahlgang den haushohen Sieg von Arbeiterführer Luiz Inácio Lula da Silva (Lula) über den vom scheidenden Präsident Cardoso favorisierten José Serra – einen Ökonomen, der auch als offizieller Regierungskandidat manche Korrekturen am bisher verfolgten strikten Stabilitätskurs versprach. Lulas Sieg hat einen emblematischen Charakter. Denn in mancherlei Hinsicht standen sich bei diesen Wahlen zwei Paradigmen gegenüber, auch wenn beide krisenbedingt so weit aufgeweicht wurden, dass zum Schluss inhaltlich gravierende Unterschiede kaum noch wahrzunehmen waren (vgl. Calcagnotto 2002: 217). Die neoliberal inspirierte Stabilisierungspolitik Cardosos¹ (die Serra mit Korrekturen weiter verfolgen wollte) hatte nicht die gewünschte Konsolidierung der Staatshaushalte gebracht, und die durch Lula verkörperte Alternative einer stärker sozial und binnenorientierten Wirtschaftspolitik vergraulte die internationalen Anleger so sehr, dass sie mit ihrer Reaktion mitten im Wahlkampf die tiefste Währungskrise der insgesamt acht Jahre dauernden Regierung Cardoso auslösten und Lula zu einer eindeutigen Erklärung zu Gunsten fiskalischer Austerität und stabilitätsorientierter Geldpolitik veranlassten.

In diesem Artikel geht es darum darzulegen, wie der gewählte Präsident dieser Herausforderung begegnete und zumindest in den ersten sechs Monaten seiner Regierung als Sieger hervorging. Dabei wird – auch angesichts des eher programmatischen Charakters der laufenden Anfangsphase – bewusst auf eine tiefergehende theoretische Analyse verzichtet. Nach einer kurzen Einordnung von Lulas Wahlsieg in die politische Geschichte Brasiliens werden daher die ersten Ansätze der neuen Regierung im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich einer kritischen Würdigung unterzogen; dabei wird als wichtigstes Merkmal dieses Zeitraums der Versuch Lulas herausgestellt, das alte Dilemma der Regierung Cardoso – Geldwertstabilität *versus* Wirtschaftswachstum und sozialem Wohlstand – in kreativer Weise zu überwinden².

Lula zwischen Wählerwillen und Währungs- und Wirtschaftskrise

Trotz allem Anschein reihen sich die historischen Wahlen vom Oktober 2002 bruchlos in die brasilianische Geschichte ein. Zwar hieften sie den ehemaligen Arbeiterführer und Gründungsmitglied der Arbeiterpartei PT, Luiz Inácio Lula da Silva, an die Spitze von Staat und Regierung und bescherten seiner Partei explosionsartige Gewinne im Bundesparlament. Doch auch diese Wahlen passen auf ihre Weise in die Kette nahtloser Übergänge, die von der einen zur anderen Regierung führten, ohne einen einschneidenden Bruch mit der zugrunde liegenden Wirtschafts- und Sozialordnung herbeizuführen.

Aber es gibt einen Unterschied. Beschränkten sich die bisherigen Regierungswechsel in Brasilien auf eine Zirkulation von Teilen der politischen und gesellschaftlichen Elite, wobei der Arbeiterklasse, Arbeitnehmerschaft und breiten Bevölkerungsgruppen lediglich die untergeordnete Rolle eines kooptierten Stützungspfeilers zukam (s. Kinzo 1995: 171-184), so findet diesmal die – angesichts der gegebenen inneren und äußeren Zwänge noch prekäre – Eingliederung der unteren Schichten nicht durch „Kooptation“ sondern durch den Wahlerfolg ihres Präsidentschaftskandidaten statt. Dies eröffnet neue Spielräume, ohne jedoch alte Grenzen automatisch zu sprengen.

Bisher bedeuteten Regierungswechsel in Brasilien nur selten einen Neuanfang, da sich die alten, gerade abgelösten Eliteteile in irgendeiner Weise in die neue Regierung hinüber zu retten wussten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die jüngste Entwicklung seit Anfang der 90er Jahre, als Collors Regierung (1990-1992) nach nur zweieinhalb Jahren kläglich scheiterte – er hatte es sich mit seinem voluntaristischen Führungsstil und seinem offenkundigen Korruptionsverhalten mit allen Vertretern der alten Eliten vollends verdorben, und diese ließen ihn im Rahmen eines vom Parlament eröffneten Amtsenthebungsverfahrens im Dezember 1992 endgültig fallen. Mit Itamar Franco begannen zaghafte Korrekturen in Richtung auf sozialen Ausgleich und Binnenmarktentwicklung, die Fernando Henrique Cardoso ab Januar 1995 rigoros unter das Diktat seiner stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik stellte, um Collors neoliberales Konzept auf seine eigene Weise (eine „nicht-*neo-bobo*-Art“⁴³) fortzusetzen – nämlich unter Einbeziehung der alten, sich modernisierenden Eliten.

Und so konnte Cardoso in zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten (1.1.1995-1.1.2003) Brasilien zu erhöhter demokratischer Stabilität verhelfen. Nicht zu Unrecht wird allenthalben die Schaffung von politischen Bedingungen für einen ruckfreien Übergang zu Lulas Wahl und Amtsübernahme als Cardosos größte politische Errungenschaft gepriesen.

Lula aber will eine Kontinuität der anderen Art – eine breitere, die neben der Privatwirtschaft auch die Gesellschaft in einen Dialog einbezieht, und eine dich-

tere, die auf dem sozialen Konsens auch unter den Arbeitnehmern und Landlosen fußt. Und er scheint die beiden Themen gefunden zu haben, die wie ein Magnet die weit gestreuten Elemente einer fortschrittlichen Sozialpolitik mit denen einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik zusammenhalten und so bei der übergroßen Bevölkerungsmehrheit auf Zustimmung stoßen könnten: Nach innen die Bekämpfung des Hungers durch ein umfassend konzipiertes „Hunger-Null-Programm“ (*Programa Fome Zero*) und nach außen die selbstbewusste Übernahme einer regionalen, jedoch bewusst nicht hegemonialen Führungsrolle.

Lulas Finanzminister – ein Arzt, der sich als Chef einer großen Kommunalverwaltung in der Region São Paulo in ökonomischen Dingen verdient gemacht hatte – brachte es in seiner Antrittsrede vom 2.1.2003 auf den Punkt: „Der Übergang von dem gegenwärtig gegebenen zu dem von uns erwünschten und von Brasilien geforderten Modell besteht in der Überwindung der aktuellen kurzfristigen Schwierigkeiten. Ein Land wie Brasilien wird erst dann dauerhafte Stabilität erringen, wenn es ein nachhaltiges Wachstum und soziale Stabilität erreicht haben wird. Die Übergangsphase wird dann abgeschlossen sein, wenn ein neues Projekt für das in voller Entwicklung befindliche Land und für den Staat in die Tat umgesetzt wird“⁴. Ökonomische und soziale Stabilität als Übergang zu einem neuen Projekt für Brasilien – das ist Lulas Version für ‚Wandel mit Kontinuität‘, ‚Ruptur mit Nahtlosigkeit‘.

So scheint das (den ganzen Wahlkampf prägende und ihm eine globale Dimension gebende) Tauziehen zwischen internationalen Finanzanlegern und Lula zwei Sieger hervorgebracht zu haben: U. a. durch die Heraufsetzung des Brasilien-Länderrisikos auf bisher nie erreichte Höhen (im September 2002 schließlich 24 % über dem Zinssatz von Anleihen des *US-Treasury*) „überzeugten“ die Finanzmärkte Lula von der Notwendigkeit einer glaubwürdigen Stabilitätspolitik, und deren Erfolg schlug sich bereits im Juni 2002 in Lulas „Brief an die Nation“ nieder. Lula konnte seinerseits mit Rede und Tat die Weltfinanziers von der Richtigkeit seiner Position überzeugen, die an der Gleichrangigkeit von Hungerbekämpfung und Geldwertstabilität festhält⁵.

Grenzen und Spielräume von Lulas Politik sind jedoch nicht zu übersehen: Auf der einen Seite stehen die „eindeutig zweideutigen“ Vorgaben von Wählern und Parteien an die Regierung Lula (s. Gloger 2003), auf der anderen Seite die Zwänge aus einer suboptimalen Eingliederung Brasiliens in die globale Wirtschaft (s. Meyer-Stamer 2003).

Zwar fand der Wählerwille nach „Wandel mit Kontinuität“ sowohl in den Parlaments- als auch in den Gouverneurs- und Präsidentschaftswahlen einen deutlichen Niederschlag. Doch standen die *Präsidentschaftswahlen* mehr im Zeichen von „Wandel“ (*mudança*), die *Parlaments- und Gouverneurswahlen* stärker in dem von „Kontinuität“. Bei der Regierungsbildung bemühte sich Lula um mög-

lichst breite Repräsentativität und verband damit die Hoffnung, neue Koalitionspartner zu gewinnen sowie eine für notwendige Verfassungsreformen ausreichende parlamentarische Mehrheit (3/5 der Sitze im Abgeordnetenhaus und im Senat) zu sichern. Die Ministerämter besetzte er nicht nur mit Vertretern auch der radikaleren Tendenzen seiner Partei, sondern darüber hinaus der größeren Parteien seines Wahlbündnisses; und die (mitte-links bis mitte-rechts stehenden) nicht zum Wahlbündnis gehörenden Parteien der Brasilianischen Demokratischen Bewegung PMDB und der Brasilianischen Sozialdemokratie PSDB versuchte er dadurch einzubinden, dass er auf den wichtigen Posten des Zentralbankpräsidenten einen gerade gewählten PSDB-Abgeordneten und ehemaligen Bankier berief und für den Senatsvorsitz sich für die Aufstellung des PMDB-Senators und ehemaligen Staatspräsidenten José Sarney als Kandidat einsetzte. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem PMDB geschaffen, während der PSDB in seiner Bereitschaft zu einer „Opposition light“ bestärkt wurde. Der doppelte Erfolg bei der Wahl der jeweiligen Vorsitzenden in Senat und Abgeordnetenkammer⁶ zeigt, dass für die Erzielung der benötigten Mehrheiten in beiden Häusern begründete Chancen bestehen. Flankierend dazu ist die Einrichtung eines mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft besetzten „Rates für ökonomische und soziale Entwicklung CDES“ zu sehen, der zur Vorklärung sowie zu einer breiteren Legitimationsbasis für die Anbahnung benötigter Reformen durch das Parlament dienen soll.

Die ökonomische Grenze für die „nicht selten den Globalisierungskritikern zugerechnete“ (Meyer-Stamer, ebd.) Regierung Lula liegt gerade in der Notwendigkeit, einen der fundamentalen Engpässe der Wirtschaftsentwicklung und damit der Sozialpolitik – das Defizit in der Leistungsbilanz – durch größere Handelsüberschüsse zu überwinden. Dazu ist die Schaffung dynamischer Standortvorteile sowie die zügige Durchführung von Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Institutionen notwendig (darunter die Renten- und Steuerreform sowie die politische und die Agrarreform). Die Herausforderung liegt gerade darin, eine verbesserte Eingliederung in die Weltwirtschaft in der Weise zu erreichen, dass globalisierungsbedingte Exklusionsprozesse durch begleitende soziale und ökonomische Inklusionspolitik ausgeglichen werden.

„Kontinuität mit Wandel“ ist eine Gratwanderung. Es wird unglaubliche Anstrengungen kosten, die divergierenden Interessen unter einen Hut zu bringen. Wie ist Lula in den ersten sechs Monaten damit umgegangen?

Lulas erste sechs Monate: Gelingt der dreifache Spagat?

Lulas erste Amtshandlungen zeigen nur schwerlich den lang ersehnten Wandel in den Strukturen von Ungerechtigkeit etwa bei der Einkommensverteilung, beim

Landbesitz, beim Hunger. Die Zeichen scheinen deutlicher für Kontinuität zu stehen als für Wandel. Lula scheint nicht so weit links zu sein, wie von vielen seiner Wähler gewünscht. Die Begeisterung, mit der Lulas Wirtschaftspolitik begrüßt wird, beschränkt sich nicht auf die internationale Finanzwelt wie IWF, Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank, sondern wird auch von Vertretern der nationalen Finanzen, ja sogar vom Produktivsektor wie dem Präsidenten der Daimler/Chrysler-Tochter in Brasilien geteilt. Erstere betonen insbesondere die Verbindung einer orthodoxen Stabilitätspolitik mit dem entschiedenen Anpacken sozialer Probleme, letztere vor allem die Fähigkeit Lulas, von den Arbeitnehmern Geduld einzufordern und diese auch zu erreichen – wie Daimler/Chrysler-Chef in Brasilien, Ben van Schaik, bei einer Vortragsveranstaltung des Hamburger Iberoamerika-Vereins am 17.3.2003 in der Hamburger Handelskammer erklärte. Kommt der Applaus nicht von der falschen Seite? Warum findet die Linke eher Ausdrücke eines ratlosen bis Kopf schüttelnden Staunens über die Anwandlungen eines Menschen, der noch immer – aber vielleicht nicht mehr lange – als einer von ihnen angesehen wird?

Der Schein trügt, und das über weite Strecken. In den ersten sechs Monaten seiner Regierung ist es Lula gelungen, einen entscheidenden *qualitativen* Wandel in der brasilianischen Politik einzuleiten, und dieser betrifft bei näherem Hinsehen vor allem auch den wirtschaftspolitischen Bereich – trotz der geringen Handlungsspielräume – und er betrifft darüber hinaus das entscheidende Manko all seiner Vorgängerregierungen, nämlich deren Beziehungen zur großen Bevölkerungsmehrheit, die sich ausschließlich nach dem top-down-Muster abzuspielen pflegten.

Diese These soll in drei Schritten erläutert werden. Im ersten Schritt wird dargelegt, dass der Eindruck einer orthodoxen Wirtschaftspolitik nicht willkürlich entstanden ist, ja dass er ein Stück weit real begründet ist, nämlich in dem engen Handlungsspielraum, den die Regierung Lula u.a. von Cardoso geerbt hat. Im zweiten Schritt geht es um den Nachweis, dass die von Lula verfolgte Wirtschaftsorthodoxie aus verschiedenen Gründen – und besonders im Unterschied zur Regierung Cardoso – in ganz konkreten Punkten über sich hinaus weist. Und im dritten Schritt wird auf das Novum der Regierung Lula eingegangen, nämlich auf seine stark ausgeprägte katalysierende Fähigkeit gerade bei Verhandlungen über polarisierende Reformvorhaben.

Schritt 1: Lulas Sinn für öffentliche Verantwortung hat es ihm verboten, einem drastischen Bruch mit dem laufenden Wirtschaftsmodell zuzustimmen, im Gegenteil: Er hat ihn dazu gebracht, den Übergang zu einem neuen Modell so zu gestalten, dass dieses auf solide wirtschaftspolitische Grundlagen gestellt wird – und das bedeutet für ihn:

- einen nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushalt auf allen drei Ebenen der öffentlichen Verwaltung (Bund, Länder und Kommune),

- eine Hochzinspolitik, wann immer sie für die Geldwertstabilität notwendig sein wird, und
- eine Orientierung des Wirtschaftswachstums nach innen (Ausweitung des Binnenmarktes durch bessere Einkommensverteilung usw.) und nach außen (Exportwachstum, kompetitive Importsubstitution).

Diese Wortkette kommt zwar einem *déjà vu* gleich, das sich in Brasilien seit mindestens Fernando Collor gebetsmühlenartig wiederholt. Und doch: Deren Durchführung unter neoliberaler Inspiration ist fast vollends gescheitert, und dieses Scheitern endete in der extremen Außenverwundbarkeit der brasilianischen Ökonomie mitten im Wahlkampf 2002. Wieso kam Lula auf die Idee dieses Modell erneut anwenden zu wollen?

Der geringe Handlungsspielraum angesichts der Befürchtungen internationaler Investoren, die einen Monat vor dem Wahltermin das Länderrisiko Brasilien (mit über 2.440⁷) rund dreimal so hoch erscheinen ließen wie das durchschnittliche Risiko der *emerging markets*, ließ kaum eine andere Wahl. Dies resultierte – abgesehen natürlich von den globalen Rahmenbedingungen – nämlich größtenteils aus den unvollendeten Hausaufgaben der Regierung Cardoso. Cardoso war nur eine „Stabilität auf Krücken“ gelungen, eine wirtschaftliche Stabilität, die vor allem durch Hochzinspolitik gekoppelt mit regelmäßigen Haushaltssperren immer wieder provisorisch gerettet wurde. Den Haushaltssperren fielen überwiegend Investitionen ausgerechnet im sozialen und im Infrastrukturbereich zum Opfer. Und der Grund für diese brüchige Stabilität lag nicht in der Obstruktionspolitik der Oppositionsparteien, allen voran von Lulas eigener Arbeiterpartei, gegenüber der Reformpolitik – die Opposition war ohnehin hoffnungslos in der Minderheit – sondern darin, dass Cardoso nicht einmal in der Lage war, einen ausreichenden Reformkonsens innerhalb der herrschenden Eliten, geschweige denn, einen breiten sozialen Konsens herzustellen (vgl. Calcagnotto 1996: 31-48). So blieb nicht nur die Rentenreform auf halber Strecke liegen, sondern auch die Steuerreform, die Agrarreform usw.

Auf mindestens zweierlei Art erhöhte diese Art Stabilitätspolitik die Außenverwundbarkeit Brasiliens: Die Hochzinspolitik machte Investitionen für die Unternehmer wenig attraktiv, dämpfte also die Wirtschaftswachstumschancen und verringerte damit auch die Staatseinnahmen, welche für die Bedienung der Innen- und Auslandsschuld dringend benötigt wurden. Zum anderen vergrößerte die Hochzinspolitik direkt auch den öffentlichen Schuldenberg, den abzutragen immer schwieriger wurde und der eigentlich nur noch mit dem Bauch nach vorne geschoben werden konnte – sprich durch die regelmäßige, immer kurzfristiger werdende Umschuldung von Milliarden Reais. Die Zweifel internationaler Anleger an der Nachhaltigkeit der brasilianischen Zahlungsfähigkeit wurden immer drängender – und die Neigung, den Geldhahn zuzudrehen, immer konkreter, zu-

mal Cardoso sich auch in einigen Punkten ausdrücklich gegen neoliberale Handbücher stellte und z.B. die Abgabenlast der Unternehmen erheblich vergrößerte, womit deren Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich erschwert wurde (gemessen am Bruttoinlandsprodukt wuchs die Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen in Cardosos Zeit 1995-2002 von 26 auf 34%).

Die soziale Bewegung, für die in erster Linie die PT als Sprachrohr in Frage kam, forderte zwar in einem Plebiszit zur Auslandsverschuldung vom September 2000 (mit über 90% der Stimmen von rund 6 Millionen Teilnehmern) eine Nicht-Zahlung der Auslandsschuld bis zur Durchführung einer neutralen Buchprüfung – und der damalige Abgeordnete José Dirceu (und als jetziger Leiter des Präsidialamtes praktisch der Premierminister) reichte beim Parlament einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines offiziellen Plebiszits zur Schuldenfrage ein.

Im Regierungsprogramm des PT aber blieb diese Forderung wegen der dann zu erwartenden Krisenverschärfung aus, und die Partei stieg noch während des Wahlkampfes aus der Kampagne zum Plebiszit gegen die Gesamtamerikanische Freihandelszone vom September 2002 aus, an der sich mehr als 10 Millionen Menschen beteiligten und sich zu über 90% gegen die weitere Beteiligung Brasiliens an den ALCA-Verhandlungen aussprachen.

Es blieb also Lula nichts anderes übrig, als das Vertrauen der internationalen Anleger kurzfristig zurückzugewinnen, und zwar durch die sofortige sowie nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille für eine Partei wie die von Lula.

Schritt 2: Für eine solche Partei konnte der Ausweg aus der Krise nur in dem Versuch eines dreifachen Spagats bestehen, nämlich in der gleichzeitigen (oder zumindest rapide aufeinanderfolgenden) Förderung von Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und gerechter Einkommensverteilung. Dies wurde klar in Lulas Brief vom Juni 2002 an den Wähler (vgl. http://200.155.6.3/site/assets/carta_ao_povo_brasileiro.pdf). Dort heißt es lapidar zum Ziel der Regierung Lula: „Brasilien will sich verändern... um die heute uns fehlende wirtschaftliche Entwicklung sowie die so heiß ersehnte soziale Gerechtigkeit zu erreichen“. Und als Elemente eines „nationalen Alternativprojekts“ werden für deutsche Leser so prosaische Ziele angestrebt wie die „Rückkehr zum Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verringerung der Kriminalität und die Zurückgewinnung einer souveränen und geachteten Präsenz (Brasiliens, GC) in der Welt“.

Der Brief stand zwar eindeutig unter dem bereits erwähnten Druck der internationalen Finanzanleger; er stand auch unter dem Druck der ungeheuren Ausmaße einer Währungskrise, die noch gravierender als die von 1999 ausfiel. Doch in diesem Brief kam auch die offensichtlich ehrliche Überzeugung zum Ausdruck, dass es sich dabei um eine Vertrauenskrise handelte, der nur durch eine Überwindung – nicht jedoch Wiederholung – des bisher verfolgten Modells erfolgreich

begegnet werden könnte – und dies umso mehr, als für die Bevölkerungsmehrheit dieses Wirtschaftsmodell ohnehin als „erschöpft“ angesehen werde. Und die Überwindung müsste entlang von drei Linien erfolgen – auch diese kommen deutschen Lesern sehr banal, selbstverständlich oder auch vielleicht „neoliberal“ vor:

1. qualitative Verbesserung der Exportstruktur,
2. kompetitive Substitution von Importen auf kurze Sicht – u.a. durch Aufwertung des Agrarbusiness und der bäuerlichen Landwirtschaft, durch Steuer- und Zollreform, Infrastrukturinvestitionen und Kreditfazilitäten,
3. nachhaltige Bekämpfung der Inflation durch einen konsolidierten Haushaltsausgleich und sogar – soweit erforderlich – durch Hochzinspolitik.

Der springende Punkt in diesem – eigentlich wahlentscheidenden – Brief ist ein zweifacher. Zum einen wird der bisherige Ansatz der Regierung Cardoso zu ausgeglichenen Staatshaushalten verworfen und ein neuer, nachhaltiger Budgetausgleich angestrebt, der traditionelle restriktive Mittel (Etat-Überschuss vor Zinszahlungen, Hochzinspolitik usw.) falls notwendig nicht verneint, aber Maßnahmen zur nachhaltigen Ankurbelung der Volkswirtschaft u.a. durch Steuerreform als gleichrangig ansieht. Zum anderen aber wird der Sinn eines ausgeglichenen Staatshaushalts deutlich herausgestellt – nämlich nicht als Selbstzweck und nicht als Rechenschaftslegung vor den Gläubigern, sondern als Mittel zum Wachstum und als Strategie zur Vermeidung von Neuverschuldung, die nur noch in einer Vertrauenserosion enden würde.

Quadratur des Kreises? Ja. Cardoso hatte diese Aufgabe etappenweise zu lösen versucht: erst Geldwertstabilität, dann Wirtschaftswachstum, dann Einkommensverteilung – mit dem Ergebnis, dass er in einem Teufelskreis gefangen blieb: Niedrige Inflationsziele → hohe Zinsen → drastische Wechselkursschwankungen → höhere Staatsverschuldung → niedrige Inflationsziele...

Lula will die Quadratur des Kreises durch eine höhere Synthese erreichen, indem er den dreifachen Spagat *zugleich* verfolgen will. In diesem Sinne – so könnte man sagen – will er versuchen, Cardoso rechts zu überholen, sich päpstlicher als der Papst zu zeigen und neoliberaler als der Vorgänger zu handeln. Dies wird besonders deutlich in dem Mitte April 2003 veröffentlichten Dokument des Finanzministeriums unter dem Titel „Política Econômica e Reformas Estruturais“, in welchem der scheinbare Widerspruch zwischen Stabilität, Wachstum und Verteilung aufgehoben und durch die Steuer-, Renten- und Kreditreform einer synthetischen Lösung zugeführt werden soll.

Allerdings wird dies mit den neoliberalen Mitteln des reinen Marktes kaum möglich sein. Möglich wird dieser dreifache Spagat, wenn man etwa ähnlich wie in der Thermodynamik die Temperatur der zu fusionierenden Stoffe auf den jeweiligen Schmelzpunkt erhöht. Und im Unterschied zu Cardoso hat Lula diesen Punkt zum Dreh- und Angelpunkt seines Regierungshandelns gemacht: Er will

eine Regierung des Dialogs, eine, die am Ende seiner Amtszeit den Verhandlungsrekord geschlagen haben wird, wie er sich selbst im zitierten Brief an die Brasilianer ausdrückte: „Ein Dialog mit allen Segmenten der Gesellschaft und sogar mit der Vorgängerregierung ist das Mittel, um zu vermeiden, dass sich die Krise verschärft und die Not der Bevölkerung größer wird“.

Im *dritten Schritt* soll nun auf diese „stark katalysierende Wirkung“ der Regierung Lula eingegangen werden. Es handelt sich dabei um eine Ressource, die Cardoso schon von seiner sozialstrukturellen Begrenzung als Intellektueller und Sohn einer Generalsfamilie her nicht gegeben war: nämlich die Fähigkeit zur sozialen Mobilisierung, oder anders: die Fähigkeit zur Mobilisierung sozialer Ressourcen, Ressourcen, die als soziale Beziehungen und als soziales Engagement im Endeffekt finanzielle Ressourcen ersetzen oder vielleicht doch auch mobilisieren helfen. Sie können zu nicht-inflationären Mitteln zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandsverteilung werden.

In diesen ersten sechs Monaten hat Lula alles andere als Paralyse an den Tag gelegt – von gelegentlichen bis häufigen Missverständnissen, Zusammenstößen und Missgeschicken seiner Minister und Entsandten einmal abgesehen. Ganz im Einklang mit den oben skizzierten Leitlinien hat Lula sein Regierungsprogramm unverzüglich angepackt und umzusetzen begonnen.

Nach Ankündigung seines *Hunger-Null-Programms* zur Nahrungsmittelversorgung von ca. 30 Millionen unterernährten Menschen binnen vier Jahren in Brasilien ging er daran, dessen Operationalisierung u.a. durch ein dreiköpfiges Führungsgremium mit einem Ordensmann, einem Unternehmer und einem Akademiker sicherzustellen. Das Novum bei diesem Programm ist zum einen die konzeptionelle Stringenz, die kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen (darunter Agrarreform) bündelt. Hierzu gehört die Konditionalität des Programms: Kostenlose Essenskarten im Wert von monatlich R\$ 50,00 gibt es nur für diejenigen, die sich an dafür eingerichteten Kommunalprogrammen zu Alphabetisierung, Beschäftigung, Sozialdienst usw. nachweislich beteiligen. Zum anderen besteht die Neuheit in der weit reichenden Magnetwirkung dieses ambitionierten Sozialprogramms, das nur in einer soliden Partnerschaft zwischen Staat, Gesellschaft und Privatwirtschaft umsetzbar wird: finanziell hoffnungslos unterversorgt (das Programm ist mit nur 1,2 Mrd. R\$ ausgestattet), ist das Hunger-Null-Programm dafür mit einer anderen entscheidenden Eigenschaft ausgestattet: es ist nämlich geeignet, die brasilianische und vielleicht auch internationale Gesellschaft sozusagen bei ihrer Ehre zu packen und sowohl soziale als auch finanzielle Ressourcen zu mobilisieren. Hierin zeigt sich konkret die Bedeutung von Lulas „Sozialkapital“ als Ausgleich für fehlendes Finanzkapital der öffentlichen Hand. Beispiele spontaner Spenden- und Mitmachbereitschaft aus ganz unterschiedlichen Bereichen vervielfachen sich wie platzende Popcorn-Körner tagtäglich:

- Top-Modell Giselle Bündchen spendete 50.000 Reais aus der Gage eines ihrer Auftritte.
- Die Supermarktkette *Pão de Açúcar* stellte ihre praktisch ganz Brasilien umfassende Vertriebskette sowie zahlreiche Mitarbeiter zur Verfügung.
- Ein landwirtschaftlicher Genossenschaftsverband spendete über 100 LKW-Ladungen mit Nahrungsmitteln.
- Nestlé Brasilien hat aus dem Erlös von 248 für Werbezwecke verlostene Häusern insg. R\$ 9.920.000 gespendet.
- Daimler/Chrysler do Brasil hat einen LKW verschenkt.
- Das LKW-Montagewerk Scania do Brasil hat gleich ein ganzes Dorf adoptiert.
- Schließlich hat die Programmkonzeption bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank so viel Zuspruch gefunden, dass diese bis zu US\$ 9 Mrd. Kredite in Aussicht stellte.

Bereits in den ersten Wochen seiner Amtszeit stellte Lula nach spanisch-holländischem Muster ein über achtzigköpfiges Beratungsgremium mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Gruppen – den *Rat für Soziale und Ökonomische Entwicklung CDES* – zusammen. So kam es – Zeichen der Zeit –, dass bei der Konstituierenden Sitzung auf Grund der alphabetisch bestimmten Sitzordnung der Vertreter der Landlosenbewegung direkt neben dem Vertreter einer der größten Privatbanken Brasiliens saß. Mitte April 2003 legte der Rat seine – nach Konsens- und kontroversen Punkten unterteilten – Vorschläge zur Renten- und Steuerreform vor. Dieser Katalog wurde anschließend unter Leitung von „Premier“ Dirceu zu einer Regierungsvorlage umformuliert, die als Verfassungsänderungsvorschlag am 30.4. ins Parlament eingebracht wurde; dabei begab sich Lula in Begleitung aller 27 Gouverneure Brasiliens in das Parlament, um das Papier persönlich zu übergeben und damit die Bedeutung dieser Steuer- und Rentenreformen zu unterstreichen. Dem Parlament wird – so Lulas Kalkül – das hinter dem Papier stehende Gewicht eines breiten politischen und gesellschaftlichen Konsenses nicht unbemerkt bleiben.

In seiner Beziehung zur *Landlosenbewegung* orientiert sich die Lula-Regierung ebenfalls am Prinzip des Dialogs und der Verhandlung. Die Ernennung von Vertretern der Sozialbewegung – darunter insbesondere von solchen des MST – zu Leitern der Bundes- und Regionalstellen der Agrarreformbehörde INCRA soll signalisieren, dass es der Regierung mit einer Agrarreform ernst ist, wenn auch mehr in „qualitativer als in quantitativer Sicht“, wie sich Lula diesbezüglich auszudrücken pflegt. Die Aktivitäten der Landlosen- und Sozialbewegung allgemein sind einerseits sprunghaft angestiegen (Vervierfachung der Landbesetzungen im März-April, mehrere Streiks bei den Metallarbeitern von São Paulo); andererseits sollen sie nach eigenen Angaben nicht als Opposition zur Regierung Lula,

sondern umgekehrt als Beitrag zu einer „beschleunigten Umsetzung der Regierungsprogramme“ verstanden werden.

Zur Aufstellung der neuen *Mehr-Jahres-Planung PPA* der brasilianischen Bundesregierung sind partizipative Methoden ähnlich dem Muster der partizipativen Kommunalhaushalte von PT-Administrationen (z. B. in Porto Alegre usw.) auf Bundes- und Länderebene vorgesehen.

Weitere *konkrete Programme* der Regierung Lula sind bereits in eine operationale Phase getreten: so ein Sofort-Wohnungsbauprogramm für über 350.000 Familien mit Familieneinkommen von bis zu 20 Mindestlöhnen, ein Mikrokreditprogramm des Banco do Brasil, Bundessparkasse u.a. mit Krediten schon ab R \$ 50,00 (ca. 13,00 Euro).

Im Parlament verfügte die Regierung Lula noch bis Ende April über keine *zahlenmäßige Mehrheit*, doch schon konnte der von Senator José Serra (!) zu seiner Zeit eingebrachte Vorschlag einer Verfassungsänderung zu Art. 192, der den Weg für die Einführung einer operationalen Autonomie der Zentralbank freimacht, in eine alternative Regierungsvorlage aufgenommen und Anfang April mit der überwältigenden Mehrheit von 440 Stimmen von der Abgeordnetenkammer in erster Lesung durchgebracht werden (der sich eine weitere Lesung im Unterhaus und zwei Lesungen im Senat anschließen sollen; erforderlich ist jeweils die qualifizierte 3/5-Mehrheit von 308 bzw. 48 Stimmen). Doch bereits im Mai gelang José Dirceu der Durchbruch bei den Verhandlungen mit dem PMDB, die endlich ihre grundsätzliche Bereitschaft zusagte, der parlamentarischen Basis der Regierung Lula beizutreten. Ob sich dies denn auch in einem kontinuierlich regierungstreuen Abstimmungsverhalten niederschlagen wird, kann man angesichts der auch unter Cardoso bestätigten Tradition dieser Partei bezweifeln: Die Regierung Lula musste schon am 24. Juni 2003 ihre erste parlamentarische Niederlage einstecken – und der Grund war das unerwartet untreue Abstimmungsverhalten des PMDB⁸.

Ein letzter Punkt, der eine qualitative Differenz zwischen der Regierung Lula und der von Fernando Henrique Cardoso markiert, betrifft die selbstverständliche *Art des Umgangs mit Forderungen des IWF*. So bestand eine der ersten Maßnahmen der Regierung Lula darin, ohne Absprache mit dem IWF eine Haushaltsperre von bis zu 90 % des bereits bewilligten Etats (das war der Fall beim Integrationsministerium unter Minister Ciro Gomes) zu verhängen. Sinn der Maßnahme war es, die Erhöhung des „primären“ Haushaltsüberschusses (= vor Zinszahlungen) über die vom IWF geforderte Marke von 3,75 % des BIP hinaus auf 4,25 % zu ermöglichen. Dies wiederum sollte nicht etwa als „vorausiegender Gehorsam“ gegenüber dem IWF verstanden werden, sondern vielmehr der Regierung die Möglichkeit eröffnen, in den Abbau der Staatsverschuldung einzusteigen. Bezeichnend die hierzu formulierte Kritik von Fernando Henrique

Cardoso: Die Regierung hätte durch Verhandlungen mit dem IWF eine Gegenleistung durchbringen können. Dabei verkannte Cardoso, dass gerade dieser von ihm empfohlene Verhandlungsstil geeignet war, Misstrauen zu wecken; und er verkannte außerdem, dass mit Lulas Initiative eine Art „Vertrauenslawine“ losgetreten wurde, in deren Zuge das Länderrisiko Brasiliens inzwischen auf gut 700 Punkte gefallen ist und die Auslandsschuldtitel des brasilianischen Staates im sekundären Markt eine Bewertung von über 85 % ihres Nominalwertes (gegenüber weniger als 50 % im September 2002) erzielte.

Ausblick: Zügel gelockert, Wachstum zurückgekehrt, Inklusion begonnen

Nach sechs Monaten einer extrem restriktiven Geld- und Haushaltspolitik fragt man sich, ob denn nun die Zeit für eine Lockerung der Zügel und für eine expansive Phase gekommen sei oder vielmehr das von Petras auf kurze Sicht ausgemalte Katastrophenszenario mit sinkender Massenkauflkraft, zunehmender sozialer Ungleichheit, rapide abnehmender Popularität Lulas und sich ausbreitender Welle der Enttäuschung einzutreten beginnt (Petras 2003: 26).

Tatsächlich zeigen die ökonomischen Indikatoren Mitte 2003 eine gespaltene Wirklichkeit: Während sich einerseits die *finanziellen* Indikatoren bessern, verschlechterten sich die der „*Realwirtschaft*“ mit zurückgehenden Einzelhandelsumsätzen, abnehmender Lohnkauflkraft und zunehmenden Arbeitslosenzahlen. Alle Inflationsindizes zeigen jedoch eine erfreulich nachlassende Tendenz, und sogar die Zinsprojektionen des brasilianischen Finanzmarktes für die nächsten Monate versprechen Zinssenkungen in weit stärkerem Maße als die von der Zentralbank festgesetzten Leitzinsen (gegenwärtig 26 %, nach einem Rückgang um 0,5 % Mitte Juni 2003). Auch in der Haushaltspolitik sieht man erste Anzeichen für die offizielle Anerkennung, dass die Gefahr „explosiver Inflationsraten“ (Palocci in: www.fazenda.gov.br, 25.6.2003) nun gebannt sei. Entsprechend beschloss die brasilianische Oberste Währungsbehörde CMN (*Conselho Monetário Nacional*) am 24.6.2003, das Inflationsziel für das Jahr 2004 von 3,5 % auf 5,5 % anzuheben, was einen größeren Spielraum für Zinssenkungen eröffne (vgl. ebd.).

Angesichts der nicht zu übersehenden rezessiven Tendenzen der brasilianischen Industrie (ausgenommen der Exportsektor mit zweistelligen Wachstumsraten und das Agrarbusiness mit gut 8 % Wachstum) kündigte die Regierung Lula einen Tag vor der CMN-Entscheidung diverse Maßnahmen zur Ankurbelung der Realwirtschaft insbesondere auf der mikroökonomischen Ebene an, darunter:

- die Freigabe von 5,4 Mrd. Reais (= rd. 1,334 Mrd. US\$) zum 15.7.2003 für ein landwirtschaftliches Kreditprogramm, das noch im Erntejahr 2003/2004 zum rechten Zeitpunkt den Endabnehmer – die Kleinst- und Kleinbauern – erreicht

- haben soll. Darunter befindet sich insbesondere das große Kontingent des noch von der vorigen Regierung auf Druck der ländlichen Sozialbewegung eingeführten Programms zur Förderung der Familienlandwirtschaft *PRONAF*, das nunmehr auf 1,4 Millionen landwirtschaftlichen Familienbetriebe und Landreformsiedlungen (statt bisher 970.000) erweitert werden soll;
- die Nutzung von Teilen des Zwangsdepots der Banken bei der Zentralbank (gegenwärtig in Höhe von 60 % aller Girokonto-Guthaben) für die Vergabe von Mikrokrediten durch die Geschäftsbanken an Klein- und Mittelunternehmen;
 - die Gründung einer Volksbank (*Banco Popular*) durch die mehrheitlich staatliche Bank *Banco do Brasil* zur Bedienung solcher Verbraucher, die bisher keinen Zugang zu Bankdienstleistungen hatten (informeller Sektor, Niedrigeinkommenschichten); anvisiert ist für 2004 ein Publikum von zunächst 1 Mio. Personen;
 - die Dynamisierung des Agrarreformprogramms in der zweiten Jahreshälfte, ausgehend von einer Konsolidierung der Landreformsiedlungen und der Ansiedlung der gegenwärtig in Zeltlagern lebenden Landlosen (ca. 40.000 Familien);
 - außerdem ist für Juli⁹ bereits die Verabschiedung einer Steuerreform (die u.a. die regionalen Unterschiede bei der „Warenzirkulationssteuer“ einebnen und damit dem „Fiskalkrieg“ der Bundesstaaten untereinander ein Ende setzen soll) und einer Rentenreform fest eingeplant, die die Privilegien des öffentlichen Dienstes und damit das Defizit des öffentlichen Rentensystems (gegenwärtig auf 26,1 Mrd. Reais veranschlagt¹⁰) ein Stück weit abbauen soll.

Was die politische Perspektive angeht, so ist zum einen auf die Tatsache hinzuweisen, dass die Rekord-Popularität Lulas zu Beginn seiner Amtszeit (83,6 % Zustimmung) nach einem Rückgang im April Ende Mai mit 78 % bereits fast wieder erreicht wurde – und dies trotz der sich immer weiter ausbreitenden pessimistischen Einschätzung der sozialen und ökonomischen Indikatoren (vgl. O Estado de São Paulo 4.7.2003); dies bedeutet, dass diese Entwicklung nicht als politische Fehlleistung Lulas gewertet wird. Zum anderen ist auch das perfekte Timing obiger Ankündigungen hervorzuheben. Die zeitliche Abstimmung des oben beschriebenen Feuerwerks von Maßnahmen, die alle auf eine neue, expansive Phase der Regierung Lula hindeuten, hat ganz offensichtlich den politischen Sinn, einerseits dem wachsenden Druck aus fast allen Kreisen von Unternehmern und Politikern zu Gunsten einer Wachstumspolitik entgegenzukommen, andererseits aber auch den „Rebellen“ in den eigenen Reihen¹¹ den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihnen zu zeigen, wie ernst es der Regierung mit einer möglichst kurzen „Übergangsphase“ in der Wirtschaftspolitik ist. Denn am letzten Juni-Weekend 2003 sollte gegen vier PT-Parlamentarier das Partei-Ausschlussverfahren wegen ihres Dissidentenverhaltens vor allem in Sachen Rentenreform und Wirtschaftspolitik abgeschlossen werden: Neben dieser geschwungenen „Peit-

sche“ würde der anstehende Beginn einer sozial ausgewogenen, nachhaltigen Wachstumsphase die Funktion eines „Zuckerbrots“ annehmen.

Fazit: Die Regierung Lula ist nach ihren ersten sechs Monaten auf gutem Weg, ein Programm umzusetzen, das zunächst einer nachhaltigen Krisenbewältigung effektiv gedient hat und die Grundlagen für eine operative Phase konkreter wachstumsfördernder Maßnahmen mit positiven Verteilungswirkungen bereits ab den nächsten sechs Monaten geschaffen hat. Es wäre der Komplexität der Aufgabe nicht gerecht, diesem Regierungsprogramm das Etikett „neoliberal“, „neokonservativ“ oder einfach „kontinuistisch“ anzuhängen. Vielleicht wäre die Bezeichnung „post-neoliberal“ eher angebracht.

Anmerkungen

¹ Vgl. hierzu Amann & Baer 2002: 945-959.

² Vgl. die beste Zusammenfassung dieses komplexen Ansatzes einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik unter Einschluss der Renten- und Steuerreform in: Ministério da Fazenda 2003: *Política Econômica e Reformas Estruturais*, Brasília, S. 4ff. In: <http://www.fazenda.gov.br/portugues/releases/2003/Política%20Econômica.pdf> (April 2003).

³ Mit „*neo-bobo*“ („neo-dumm“) kanzelte Cardoso Kritiker seiner an den Neoliberalismus angelehnten, diesem jedoch nicht blind folgenden Wirtschaftspolitik von Geldwertstabilisierung, Deregulierung und Privatisierung ab.

⁴ Vgl. www.fazenda.gov.br/pronunciamentos. 4.1.2003.

⁵ Von dieser politischen, ökonomischen und sozialen Gratwanderung zeugen neben der bereits zitierten Ansprache von Finanzminister Palocci die sehr lesenswerten Reden von Lula beim Amtsantritt am 1.1.2003 sowie beim Weltsozial- und dem Weltwirtschaftsforum in Porto Alegre bzw. Davos am 24. und 26. Januar 2003. Lulas Antrittsrede ist ein rhetorisches Meisterstück, das sich (obwohl von vielen Händen geschrieben) wie aus einem Guss liest und die Führung eines großen Maestro verrät; leider enthält die im Internet verfügbare offizielle Fassung einige Redaktionsfehler (vgl. http://www.radiobras.gov.br/integras/03/integra_010103_1.htm; s. die korrigierte Fassung in: www.estado.estadao.com.br vom 2.1.2003). In den parallel verlaufenden Gipfeln der Sozialbewegung in Porto Alegre und der Weltwirtschaftselite in Davos bestätigte Lula die Magnetwirkung seiner Botschaft einer gleichrangigen Behandlung von wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit. In Davos profilierte sich Lula zusätzlich als Wortführer des „am weitesten industrialisierten Land(es) der südlichen Hemisphäre“ (so Lula), welches als solches das Recht und die Pflicht habe, an den „gesunden Menschenverstand“ aller Teilnehmerländer des Weltwirtschaftsforums zu appellieren und u.a. die Einrichtung eines internationalen Fonds zur Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt durch die G-7 und internationale Investoren anzuregen. In seinem Kommentar vor der brasilianischen Gemeinde in Berlin am 27.1.2003 kommentierte er sein Erscheinen in beiden Treffen mit den Worten: „Kein Soziologe hat es vorausgesagt, dass ein Mensch sowohl in Davos als auch in Porto Alegre mit Respekt empfangen werden könnte“ (*A sociologia não previa que um ser humano pudesse ser respeitado em Davos e em Porto Alegre*). Vgl. <http://www.estado.estadao.com.br> vom 28.1.2003.

⁶ Beide (nach einem Abkommen zwischen PT und PMDB) von der Regierung unterstützten Kandidaten wurden am 1.2.2003 (Senat: PMDB) und 2.2.2003 (Abgeordnetenhaus: PT) fast einstimmig gewählt.

- ⁷ Das ‚Länderrisiko‘ ist ein in ‚Punkten‘ ausgedrückter Zinszuschlag, den die Staatsschuldtitle eines *emerging country* über den Zinssatz für Schuldtitle des US-Treasury hinaus zahlen müssen; 1500 Punkte bedeuten 15% über dem entsprechenden Zinssatz der US-Titel.
- ⁸ Der von der Regierung Lula vorgeschlagene Luiz Alfredo Salomão (von der verbündeten Labour-Partei PDT) als neuer Leiter der Erdöl-Regulierungsbehörde wurde auf Grund alter Ressentiments insbesondere von PMDB-Senatoren und vom Senatsvorsitzenden und Ex-Staatspräsidenten José Sarney (PMDB-Mitglied) mit 23 Für- und 40 Gegenstimmen abgelehnt. Vgl. www.estado.estadao.com.br/editorias/2003/06/25/pol028.html.
- ⁹ Obwohl im Juli normalerweise eine Pause für die parlamentarischen Arbeiten vorgesehen ist, wird der Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung zwecks Beschlussfassung über die anstehenden Verfassungsreformen einberufen.
- ¹⁰ Vgl. Erklärungen von Helmut Schwarzer in: www.estado.estadao.com.br/editorias/2003/06/25/pol036.html.
- ¹¹ Insbesondere der Arbeiterpartei PT und der Brasilianischen Sozialistischen Partei PSB.

Literaturverzeichnis:

- Amann, Edmund / Baer, Werner (2002): „Neoliberalism and its Consequences in Brazil“. In: *Journal of Latin American Studies*, Band 34, Nr. 4, S. 945-959.
- Calcagnotto, Gilberto (2002): „Brasiliens historische Wahlen“. In: *Brennpunkt Lateinamerika*. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, 15.11., S. 213-224.
- Calcagnotto, Gilberto (1996): „Wirtschaftsreformen ohne sozialen Konsens“. In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, Nr. 32, Hamburg, S. 31-48.
- Gloger, Christian (2003): „Brasiliens politische Landschaft nach den Wahlen 2002. Wandel mit Kontinuität“. In: *Lateinamerika Analysen* Nr. 4, Februar, S. 73-101.
- Meyer-Stamer, Jörg (2003): „Von der Globalisierungskritik zur Exportförderung. Wirtschaftspolitische Optionen und Restriktionen für die neue brasilianische Regierung“. In: *Lateinamerika Analysen* Nr. 4, Februar, S. 103-132.
- Kinzo, Maria D’Alva Gil (1995): „The Congress in Brazil’s Democracy“. In: Kinzo, Maria D’Alva Gil; Bulmer-Thomas, Victor (Hrsg.): *Growth and Development in Brazil: Cardoso’s ‚Real‘ Challenge*. London, S. 171-184.
- Ministério da Fazenda do Brasil (2003): „Política Econômica e Reformas Estruturais“, 95 S. In: www.fazenda.gov.br Mai 2003.
- Petras, James; Veltmeyer, Henry (2003): „Adonde va Brasil? Análisis Metodológico del régimen de Lula“. In: www.rebellion.org/petras/petrasbrasil160403.htm (16.4.2003).
- Rila, Luiz; Rosa, Vera: „Muita gente nos subestima, afirma Dirceu“. In: O Estado de São Paulo, 11.4.2003. In: www.estado.estadao.com.br/editorias/2003/04/06/pol017.html

Anschrift des Autors:

Gilberto Calcagnotto

Institut für Iberoamerika-Kunde

Alsterglaciis 8

D – 20354 Hamburg

Email: calcagnotto@public.uni-hamburg.de